

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	84
		TOP:	16
	Verhandlung	Drucksache:	1483/2019
		GZ:	JB, T
Sitzungstermin:	04.03.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Einrichtung einer Ganztagschule an der Neuwirtshauschule Vorprojekt- und Projektbeschluss zu den Umbaumaßnahmen im Bestand		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 18.02.2020, öffentlich, Nr. 62

Ergebnis: Einbringung

Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 03.03.2020, öffentlich, Nr. 67

Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 06.02.2020, GRDRs 1483/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der Schul- und Raumsituation an der Neuwirtshauschule wird Kenntnis genommen.
2. Dem **Gesamtraumprogramm** für die Neuwirtshauschule (Anlage 1) mit einer Gesamtprogrammfläche von bis zu **916 m²** wird zugestimmt.

3. Der Umsetzung der weiteren erforderlichen Maßnahmen an der Ganztagsgrundschule Neuwirtshauschule nach den Plänen des Büros "Dimension 5" mit voraussichtlichen **Gesamtkosten in Höhe von rd. 1.134.000 Euro inkl. Ausstattung** wird zugestimmt.
4. Das Hochbauamt wird mit der Weiterplanung bis Leistungsphase 6 HOAI sowie Teilen von Leistungsphase 7 beauftragt.
5. Die **Gesamtkosten in Höhe von rd. 1.134.000 Euro** für das Projekt "Einrichtung Ganztagschule an der Neuwirtshauschule" sind im Teilfinanzhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt - bei der Projektnummer 7.401180 ausgewiesen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilhaushalts 400 - Schulverwaltungsamt - bei der Projektnummer 7.401909 - 4. Ausbaustufe Ganztagschulen. Die benötigten finanziellen Mittel werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit auf das Projekt 7.401180 - Einrichtung Ganztagschule an der Neuwirtshauschule - umgesetzt.

Grundsätzlich merkt StRin Ripsam (CDU) zum Absatz "Auswirkungen auf die Investitionspauschale zum Ausbau von Ganztageschulen", Vorlagenseite 4, an, dargestellt werde, dass die finanziellen Mittel für den weiteren Ausbau von Ganztageschulen unter Umständen nicht ausreichen. Schon in der Vergangenheit sei von ihr erklärt worden, dass, wenn Grundsatzentscheidungen beispielsweise über die Einrichtung von Ganztageschulen erfolgten, zur Umsetzung entsprechende finanzielle Ressourcen vorhanden sein müssten. Ob es in Zukunft weiterhin die finanziellen Rahmenbedingungen gebe, um schnell noch eine Ganztageschule umsetzen zu können, sei fraglich. Ihre Position sei von StR Körner (SPD) stets kritisiert worden. Dieses Ratsmitglied habe dabei, bezogen auf nicht fristgerechte Umsetzungen, von "gebunkertem Geld" gesprochen. Nicht hilfreich ist für sie der letzte Satz im besagten Absatz: "Die Verwaltung wird dem Gemeinderat hierüber fortlaufend im Rahmen des entsprechenden Vorprojektbeschlusses bzw. der entsprechenden Projektbeschlüsse berichten." Ihres Erachtens sollten Projekte, die der Rat beschließt, auch in Grundsatzbeschlüssen so ausgestattet sein, dass letztlich auch zu deren Umsetzung finanzielle Mittel bereitstehen. Der Beschlussantrag werde aber von ihrer Fraktion mitgetragen.

Von Herrn Hein (SchulverwA) wird darauf verwiesen, dass über die finanziellen Rahmenbedingungen im Verlauf von Haushaltsplanberatungen entschieden wird. Auch für Ganztageschulen gebe es einen Vorlauf für die Beantragung. Aufgrund dieses Vorlaufs komme man nicht in die Situation, dass eine Schule durch Beschluss in den Ganztagesbetrieb starte, ohne Kenntnis über die finanziellen Konsequenzen zu haben. StR Körner hebe immer auf das Schulsanierungsprogramm ab. Dort gehe es um eine andere Pauschale, nämlich um eine Pauschale für Ganztageschulen. Diese sei in der Vergangenheit mit 3,5 Mio. € ausgestattet worden. Ob diese fortgeschrieben werde, und wenn ja, in welchem Umfang, sei ebenfalls in Etatberatungen zu entscheiden.

Für StR Perc (SPD) geht es letztlich darum, welche Summen bereitgestellt werden und wie diese realistisch abgerufen werden können.

Abschließend stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 5. BezA Zuffenhausen
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS